

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrüderstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 17. November 1928

Nummer 92

### Das Recht zur Wirtschaftsführung

Just zum vergangenen 9. November, dem Erinnerungstag an den vor zehn Jahren erfolgten Zusammenbruch der monarchisch-autokratischen Herrschaft über das deutsche Volk, brachte die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ unter der Überschrift „Der Unternehmer in der deutschen Wirtschaft“ einen Leitartikel, in dem lebhaft Klage darüber geführt wird, daß inzwischen auch das Unternehmertum immer mehr in den Hintergrund gerückt worden wäre. Man höre heute in der Öffentlichkeit immer nur von den Arbeitern und ihren Gewerkschaften sprechen, und wir seien heute bereits so weit gekommen, „daß der einzelne Unternehmer nicht mehr Herr seines von ihm geschaffenen Eigentums ist“. Er werde mehr und mehr von der mit immer größeren Forderungen hervortretenden organisierten Arbeiterschaft in die Verteidigung gedrängt. Diese und ähnliche Feststellungen der „Zeitschrift“ geben uns Anlaß, die neuzeitlichen Unternehmerfragen noch etwas genauer unter die Lupe zu nehmen und sie an Hand der wirtschaftspolitischen Argumente des Prinzipalsorgans in nähere Berührung mit der frischen Luft der Tageserscheinungen im Verhältnis zwischen Unternehmertum, Wirtschaft und Arbeiterschaft zu bringen.

Da ist zunächst die Frage, warum heute in der Öffentlichkeit immer nur von den Arbeitern und ihren Gewerkschaften gesprochen wird? Das dürfte zweifellos nur daran liegen, daß, ebenso wie heute die Zeiten vorbei sind, wo man in ehemals maßgebenden Kreisen der Ansicht huldigen konnte, daß der Mensch erst beim Offizier anfangs, auch der Nimbus sogenannter Wirtschaftskapitäne allmählich verflüchtigt ist. Es hat sich eben die Erkenntnis verallgemeinert und vertieft, daß in der Wirtschaft die menschliche Arbeitskraft im Verein mit allen im Produktionsprozeß zur Verwertung kommenden Naturkräften und -stoffen die Hauptsache ist und nicht das Unternehmertum. Selbst das Kapital, das zur ständigen Erneuerung und Höherführung des Produktionsprozesses erforderlich ist, ist nur Mehrwert aus der bisherigen oder noch bevorstehenden Verwertung der menschlichen Arbeitskraft. Jeder Mensch, auch der aktiv dabei mitwirkende Unternehmer, trägt dazu nur so viel bei, als in seinen persönlichen Kräften geistiger oder körperlicher Art liegt. Auch Unternehmertätigkeit ist nichts anderes als Arbeitsleistung in Organisationsform, die schließlich von jedem halbwegs vernünftigen Menschen verstanden werden kann, sofern ihm dafür das erforderliche Kapital zur Verfügung steht. Die Schaffung des letzteren aber erfolgt nicht von Unternehmerseite allein, sondern nur aus dem Zusammenwirken, aus der gesamten Arbeitsleistung aller im Produktionsprozeß tätigen menschlichen Arbeitskräfte nach Abzug der zu ihrer Erhaltung und Entwicklung erforderlichen Kosten bzw. aus der Differenz zwischen Lohn und Preis.

Diese Differenz oder diesen „Mehrwert“ haben aber nicht nur die Unternehmer aufzubringen, können dies auch gar nicht, sondern die Lohn- oder Gehaltsempfänger und die letzten Käufer oder Verbraucher aller Waren. Dazu gehören zwar auch die Unternehmer, soweit sie sowohl im Produktionsprozeß wie beim Verbrauch der Waren mitwirken, Entlohnung beanspruchend können und davon ihren persönlichen Bedarf bezahlen. Einer gewiß nicht kleinen Zahl von Unternehmern, die persönlich auf dem zu ihrem „Beruf“ gehörigen Arbeitsgebiete produktiv tätig waren und sind, steht in der gesamten Wirtschaft eine wohl ebenso große Zahl gegenüber, deren Geschäftsgebaren direkt als unproduktiv bezeichnet werden kann und im Endeffekt einer unverantwortlichen Entwertung der

ihnen zur Verfügung gestellten Produktionsmittel gleichkommt. Die im Buchdruckgewerbe von Unternehmerseite bis zu einem gewissen Grade mit Recht beklagte Schmutzkonkurrenz stellt nur einen kleinen Ausschnitt solcher Berufsdefekte in Unternehmertum dar. Wären die Unternehmer im allgemeinen das, was zu dem Begriff und dem Recht, Wirtschaftsführer zu sein, gehört, dann könnte angesichts der heute gegebenen naturwissenschaftlichen und technischen Fortschritte auf allen Gebieten der Gütererzeugung die deutsche wie überhaupt die gesamte Weltwirtschaft viel weiter sein, als sie tatsächlich ist. Die durch verfehlte Unternehmertätigkeit schon entstandenen und immer wieder entstehenden Verluste an wirtschaftlichen Gütern dürften im Durchschnitt kaum viel kleiner sein, als die durch produktive Leistungserfolge erzielten Werte. Die Lasten dieser Verluste haben aber nicht nur die Unternehmer zu tragen, sondern die gesamte Wirtschaft und damit in erster Linie die großen Volksmassen haben darunter zu leiden. Es ist daher nur persönliche Anmaßung, davon zu sprechen, daß der einzelne Unternehmer nicht mehr Herr seines von ihm geschaffenen Eigentums sei. Dieses Eigentumsrecht ist nämlich ein sehr willkürliches. Denn dieses Eigentum ist infolge der ihm zugrunde liegenden Gemeinschaftsarbeit auch Gemeinschaftseigentum. Es ergibt sich nur aus der Differenz zwischen Arbeits- und Materialkosten (die ebenfalls nur aus vorausgegangenem Arbeitslohn bestehen) und dem im Verkauf der Halb- oder Fertigwaren erzielten Preis. Da diejenigen, die die Produkte kaufen, sich in ihrer Gesamtheit wiederum aus jenen Schichten zusammensetzen, die vorher im Produktionsprozeß ihre Arbeits- und Lebenskräfte, eingesetzt haben, sind sie auch zugleich Schöpfer des dem Unternehmer in Händen verbleibenden Mehrertrags oder des Kapitals. Der Unternehmer selbst ist in diesem Prozeß, sofern er persönlich dabei ebenfalls Arbeitskraft einsetzt, nur Mitarbeiter, dessen Anrecht an dem Mehrertrag nicht größer ist als jedes andern Mitarbeiters. Die Tatsache, daß er der persönliche Vermittler des vorher benötigten Kapitals war oder ist, kann als Teil der insgesamt erforderlichen Arbeitsleistung beurteilt und durch Zinszahlung bewertet werden, infolgedessen auch einen mäßigen Antheil an dem gesamten Mehrertrag aller Arbeitsleistungen rechtfertigen, niemals aber das unbedingte Eigentumsrecht an dem gesamten Mehrertrag verbürgen. In dieser Richtung sind die üblichen Eigentumsbegriffe der Unternehmer einseitig und sachlich unberechtigt. In der in neuerer Zeit immer wieder von Unternehmerseite aufgestellten Behauptung, daß höhere Löhne die Kapitalbildung gefährden, ist die Bestätigung dafür zu erblicken, daß niedrige Löhne bisher die Kapitalbildung ermöglicht und gesichert haben. Wir sind zwar der Ansicht, daß höhere Löhne die Kaufkraft stärken und deshalb auch den Warenabsatz bei erträglichem Preis fördern, womit die Kapitalbildung, die von der Lohnseite her erschwert werden könnte, auch wieder erleichtert würde. Aber auch diese ständigen Wechselwirkungen zwischen Lohn, Preis und Kapitalbildung bestätigen nur, daß letztere nicht von Unternehmerseite bestritten wird, sondern von Produzenten und Konsumenten, d. h. von der Gesamtheit, gemeinsam getragen werden muß.

Mögen noch so viele Rechts- und Wirtschaftsgelehrte sich im Schweiße ihres Angesichts und gegen mehr oder weniger fürstliche Bezahlung sich bemühen, diese Quellen der Kapitalbildung und das sachliche Fundament der bisherigen Wirtschaftsform mit allerhand nebulösen Theorien zu verhüllen, verhindern konnten und können sie trotzdem nicht, daß die Eigentumsbegriffe der Unternehmer und deren Stellung

im öffentlichen Leben mehr und mehr angezweifelt und erschüttert werden. Es ist die natürliche Folge der Entwicklung der Geschichte, daß, nachdem die großen Volksmassen vor zehn Jahren schon mit Entsetzen erkennen mußten, welsch kleine Geister und Heiden ihre Führer von „Gottes Gnaden“ und deren Gefolge waren, sie sich inzwischen auch die Führer von Kapitals Gnaden etwas näher angesehen haben. Daß der militaristischen Götzenämmerung die privatkapitalistische folgen muß, ist eben nur die logische Konsequenz der inneren Haltlosigkeit und Ungerechtheit der privatkapitalistischen Wirtschaftsform. Und es ist zweifellos ein außerordentlicher Fortschritt auf diesem Gebiete, daß die Unternehmer sich selbst schon unfrischer zu fühlen beginnen, und Klage über die immer deutlicher werdende Verringerung ihres Ansehens in der Öffentlichkeit anstimmen oder gar, wie die rheinischen Schwerindustriellen glauben, mit Eisenbarkuren ihre Autorität aufrecht erhalten zu können, und zwar nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch dem Staate gegenüber. In nicht übler und wohl unbewußter Selbstironie glossiert die „Zeitschrift“ die derzeitige Unternehmerrolle an Rhein und Ruhr als „Novembernebel“, die ihr Anlaß zur Prüfung geben, welche Rolle der deutsche Unternehmer in der Wirtschaft spielt. Die dann folgende Enthüllung dieser Rolle spielt aber nur in der bescheidenen Forderung: „Laßt die Wirtschaft doch endlich mal in Ruhe!“ Dieser Ruf nach der Ruhe müden Alters ist zwar nicht der „Zeitschrift“, sondern von ihr dem Geschäftsbericht des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ (sogenannter Langnamverein) entnommen. In diesem Geschäftsbericht sind dann noch folgende Sätze zu lesen: „In allerletzter Zeit hat sich der Chor der Stimmen, die dem Unternehmer das Recht zur Führung der Wirtschaft streitig machen, besonders stark verdichtet. Mit neu errungener politischer Macht versucht man auf allen Gebieten vorzustoßen. Selbst bürgerliche Minister glauben vor dem Strom schwimmen zu müssen. Die kollektivistischen Wirtschaftsformen sollen dem Staat — lies Arbeiter — das Recht geben, das Privateigentum allmählich auszuschöpfen. Es geht um die Frage, ob der Unternehmer das ihm anvertraute Eigentum mit oder ohne Hineinreden Dritter bewirtschaften kann... Die rheinisch-westfälische Wirtschaft kann auf die Frage, wem in der Wirtschaft die Führung gebührt, nur eine klare Antwort geben: Der Unternehmer persönlich! Entweder wird die Wirtschaft in Deutschland individualistisch geführt sein oder sie wird überhaupt nicht sein.“

Diesen Stoßfußern bedrängter Unternehmerherzen ist nach dem Vorhergesagten nicht viel hinzuzufügen. Sie sprechen für sich selbst, wenn auch in ganz anderem Sinne als dies sich die Unternehmer denken. Eine gewisse erfreuliche Einsicht ist lediglich noch in dem Satz zu finden, wo von dem „anvertrauten Eigentum“ gesprochen wird. Daß es sich nur um anvertrautes Eigentum handelt, also genau besetzen überhaupt nicht um persönliches Eigentum, sondern nur um anvertraute Werte, geben die Herrschaften ersichtlicherweise selbst zu. Nur fehlt dabei die für vernünftig sein wollende Männer sehr nahelegende Beantwortung der Frage, wer ihnen das „Eigentum“ und das Mandat zur Wirtschaftsführung eigentlich anvertraut hat? Während die früheren Potentaten sich einbilden, ihr Führerpatent von „Gottes Gnaden“ erhalten zu haben, fehlt für die sich selbst als Führer der Wirtschaft Romantizierenden ein ähnliches überbüßiges Patentamt. Man könnte sich zwar denken, daß die sogenannte Wirtschaft ihnen das Führeramt ebenso wie das Kapital anvertraut hätte. Aber die Wirtschaft ist doch die Gesamtheit aller schaffenden Menschen, und

diese befinden sich in ihrer erdrückenden Mehrheit entweder in persönlicher Abhängigkeit oder in schroffstem Gegensatz zu diesen Führern der Wirtschaft. Wo soll da eine einwandfreie Führerberechtigung der Unternehmer herkommen? Sie ist willkürlich angeeignet, in keiner Weise auf demokratischer Grundlage und noch weniger allein auf persönlicher Befähigung aufgebaut. Was heute noch ein Unternehmer leistet, kann morgen ein Angestellter als Direktor oder Geschäftsführer übernehmen, wenn die „Wirtschaft“ ihm Führung und das erforderliche Kapital anvertraut. Heutige Unternehmer können morgen ebenso tüchtige Direktoren oder Geschäftsführer sein, ohne daß dadurch die Wirtschaft auch nur einen Augenblick gefährdet zu sein braucht. Das „Recht“, Führer der Wirtschaft zu sein, besteht heute im Rahmen der privatkapitalistischen Wirtschaftsform nur in der auf Kapitalbesitz gestützten rücksichtslosen Aneignung der aus dem Produktionsprozeß im großen wie im kleineren möglichen Ausbeutung der Arbeitskräfte seiner Mitmenschen.

Aber dieses Ausbeutungssystem ist auf die Dauer unhaltbar geworden. Es gereicht dem menschlichen Geiste und dem deutschen Volke zur Epe, daß sich der Widerstand gegen diese ungerechte Wirtschaftsform immer mehr verstärkt. Die wissenschaftlichen, technischen, sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zu einer gerechteren Gestaltung der Wirtschaft sind vorhanden. Ihre freie Gestaltung wird mehr gehindert als gefördert durch die einseitige Interessenpolitik des heutigen Unternehmertums. Ob es sich um freie Konkurrenz oder Kartellwirtschaft und ähnliches handelt, in keinem Falle sind die wirtschaftlichen Interessen der Gesamtheit, sondern nur Profitinteressen des Unternehmertums maßgebend. Dieses System muß beseitigt werden! Der Besitz an Produktionsmitteln zur Herstellung aller menschlichen Bedarfsgegenstände muß Gemeinheitsgut aller schaffenden Stände unter der Kontrolle und Ordnung des Staates werden. Die Unternehmer haben sich in diesen gemeinsamen Produktionsprozeß nach ihren persönlichen Fähigkeiten ebenso einzugliedern wie alle andern Volksgenossen. Den Beweis, daß sie persönlich mehr als andre zu leisten imstande sind, haben sie praktisch und nicht nur mit Worten zu erbringen, wenn sie Führer der Wirtschaft sein wollen. Kapitalbesitz allein ist keine persönliche Qualifikation zum Führertum, sondern Wissen, Können und Menschenachtung.

Das Kapital ist Frucht menschlicher Arbeitsleistungen und hat daher nicht Herrscher, sondern Diener der Menschheit zu sein. Und das möge sich auch die „Zeitschrift“ merken, die Arbeiter sind keine Produktionsfaktoren, die nur neben Kapital und Unternehmer stehen, sondern sie sind lebendige und gleichberechtigte Menschen wie die Unternehmer. Ein natürliches Vorkrecht für Unternehmer gibt es nicht, auch kein besonderes Recht zur Führung der Wirtschaft durch die letzteren. Und wenn in den letzten Jahren sich die Arbeiter immer mehr in den Vordergrund der Wirtschaft und des Volkes gerückt haben, so liegen hierin gar keine Gefahren für die Wirtschaft, wie die „Zeitschrift“ meint. Sondern von der endlichen Anerkennung auch der wirtschaftlichen Gleichberechtigung des ganzen schaffenden Volkes hängen Wohl und Wehe der deutschen Wirtschaft in Zukunft noch weit mehr ab als von dem Steigen oder Sinken der Unternehmerfunktion. Wollen die Unternehmer nicht mehr mittun, so werden sie eben nur ihre Existenzberechtigung selbst aufgeben. Die deutsche „Wirtschaft“ wird daran ebenfalls zugrunde gehen, wie das deutsche Volk nicht zugrunde gegangen ist, als es seine früheren Herrscher fürchtete sah.

### Produktion und Volkswohlstand

Die Grundlage jeder Volkswirtschaft bildet die industrielle, gewerbliche und landwirtschaftliche Produktion. Von der Entwicklung dieser Produktion ist im wesentlichen der Stand der Wirtschaft, die soziale Lage ihrer Wirtschaftsbeteiligten, damit zugleich der allgemeine Volkswohlstand abhängig. Volkswohlstand ist ein ziemlich allgemeiner und relativer Begriff, der sich nicht ohne weiteres durch Zahlen über das vorhandene Volksvermögen näher bestimmen läßt. Ebenjowenig sind aus solchen Angaben sichere Rückschlüsse auf die soziale Lage der Bevölkerung, besonders der arbeitenden Schichten, möglich. Das sogenannte Volks- oder Nationalvermögen kann sehr hoch sein, ohne daß es sich in seinen wesentlichen Teilen im Besitz des eigentlichen Volkes befindet. Im Jahre 1913 wurde z. B. das deutsche Volksvermögen auf 310 bis 400 Milliarden Mark geschätzt. Hiernach entfiel auf den Kopf der Bevölkerung ein Anteil von 4650 bis 5850 M. Von einer so gleichmäßigen Verteilung des Volksvermögens war natürlich keine Rede. Es befand sich zum

größten Teile in den Händen einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Besitzenden; die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung waren vermögenslos. So ist es auch noch heute!

Besser als nach dem Volksvermögen läßt sich von der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung auf das Vorhandensein eines mehr oder weniger vorhandenen Volkswohlstandes schließen. Auch hier stoßen wir zwar auf keine Gleichförmigkeit, sondern zeigen sich die verschiedensten Abstufungen und schärfsten Gegensätze: auf der einen Seite ungemessener Reichtum, auf der andern drückendste Armut. Diese Gegensätze bestehen überall, wo der Kapitalismus herrscht, und zwar in einem Umfang, den man in früheren Gesellschaftsperioden mit wesentlich niedriger stehenden Produktionsmethoden nicht kannte. Reichtum und verschwenderischen Luxus neben Elend und Not hat es immer gegeben, seit sich die Menschen in Gesellschaftsverbänden zusammengeschlossen haben. Aber Not und Elend waren, abgesehen von Zeiten, wo Kriegs- und Naturkatastrophen über die Menschen hereinbrachen, keine Massenerscheinungen. Soweit im übrigen soziale Gegensätze bestanden, gründeten sie sich auf Anwendung widerrechtlicher Gewalt und Unterdrückung. Diese wieder fanden in der rückständigen Produktionsweise sowie in der geringen Ertragsleistung menschlicher Arbeit und dem Mangel mechanischer Hilfsmittel zu ihrer Förderung eine ausreichende Erklärung. Nur die Beseitigung dieses Zustandes konnte eine Besserung in Aussicht stellen.

Der Kapitalismus hat diese Umwälzung herbeigeführt. Sein Auftreten war von einer riesenhaften Revolutionierung der Produktion begleitet, die nicht ohne soziale Wirkungen sein konnte. Was wir heute an der sich immer allgemeiner durchziehenden Rationalisierung der Betriebe beobachten, zeigt eine Wiederholung jener Vorgänge mit fast den gleichen Wirkungen, wenn auch in anderer Form. Waren es damals Bauern und Handwerker, denen durch die neuen Produktionsmethoden die innegehabte Existenzgrundlage unter den Füßen hinweggezogen wurde, so verfallen heute Millionen von Arbeitern einem ähnlichen Schicksal, indem sie durch die Rationalisierung der Produktion wirtschaftlich ausgeschlossen und zu unter Umständen dauernder Arbeitslosigkeit verurteilt werden. Nur in einem besteht ein Unterschied. Gelang es den damals existenzlos gewordenen nicht, sich selbst zu helfen, so gingen sie elend zugrunde, verlamen oder verhungerten. Heute gewährt man ihnen Arbeitslosen- und Rentenunterstützung. Die allgemeine Psyche, auch die der Arbeiter, ist eine andre geworden. Die Gesellschaft kann sie nicht mehr verhungern lassen! Sonst aber besteht der alte kapitalistische Widerstand weiter, daß die steigende Produktivität der Arbeit zur Lebensursache für Millionen Menschen wird.

Betrachten wir die Verhältnisse genauer, um diesen Widerstand zu erkennen! Jede Verbesserung der Produktionsmittel oder der Erzeugungsmethode gestattet eine Vermehrung und Verbilligung der zur Verteilung verfügbaren Güter. Jedes Mehr an Gütern ermöglicht eine umfassendere und bessere Beseitigung der vorhandenen Bedürfnisse. Das bedeutet eine Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse, eine Hebung der sozialen Lage der Bevölkerung und endlich eine Erhöhung des Volkswohlstandes. Hiernach müßte also das Volk sozial und wirtschaftlich am günstigsten gestellt und am wohlhabendsten sein, dessen Produktion am höchsten entwickelt ist. Die schroffen Klassengegenüsse in den modernen Industrieländern beweisen jedoch, daß diese Voraussetzung nicht oder nur sehr bedingt zutrifft. Es ist das in dem herrschenden kapitalistischen System begründet.

Der kapitalistische Unternehmer produziert nicht, um die Bedürfnisse seiner Mitmenschen zu befriedigen, sondern um Profite zu erzielen. Wo dieser ausbleibt, besteht für ihn kein Interesse, sein Kapital oder seine Produktionsmittel in Bewegung zu setzen. Von den gleichen Impulsen ist das gesamte Unternehmertum geleitet. Auf die Kaufkraft der Arbeiter und Verbraucher wird dabei keine Rücksicht genommen. Allgemeiner Grundsatz ist: Waren billig zu produzieren und teuer zu verkaufen! Die bestehende Kartellierung, Spundierung und Verdrängung der Industrie läßt zu, diesen Grundsatz weitgehend durchzuführen. Als Folge sehen wir: Niederhaltung der Löhne, Herabdrückung der Kaufkraft, Einschränkung der Nachfrage, Drosselung der Produktion und Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Erhöhung der Produktivität der Arbeit bewirkt also das Gegenteil von dem, was unter vernünftigen Wirtschaftsverhältnissen vorhanden sein sollte.

Das schließt scheinbar jeden wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aus, und doch ist ein solcher nicht zu leugnen. Werfen wir einen Blick auf die seither erfolgte gesellschaftliche und soziale Entwicklung, so finden wir, daß ihr Weg ein ständig ansteigender war. Dieser Aufstieg ging nicht ohne Hemmnisse vor sich. Es traten auch zeitweise Rückschläge ein, die aber immer wieder überwunden wurden. Die Entwicklung der Produktion bildet eine ununterbrochene Kette von Neuerungen oder, wie wir heute sagen, Rationalisierungen, die den Arbeitsprozeß fortgesetzt umwälzten, erleichterten, verbilligten und beschleunigten. Den Hauptwertteil davon haben freilich stets die Unternehmer gehabt. Ganz leer gingen jedoch auch die Arbeiter nicht aus. Ihre Lebenshaltung hat sich langsam aber stetig gehoben, ihre Bedürfnisse, Rechte- und Kulturansprüche haben sich erweitert; der Volkswohlstand nahm sichtbar zu.

In dieser Entwicklung droht durch die gegenwärtige Kartellpolitik des Unternehmertums ein Stillstand einzutreten. Das darf nicht geschehen! Die den Arbeitern bisher zu-

fließenden wirtschaftlichen und sozialen Vorteile fließen ihnen nicht von selbst in den Schoß. Sie müßten darum kämpfen! Das wird von ihnen auch in der Folge gefordert, bis das von den Gewerkschaften angezielte Ziel, die Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaft, erreicht ist. Noch verfügt der Kapitalismus über eine immense Macht, die er dazu benutzt, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu verhindern. In der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft ist ihm aber ein Gegner erwachsen, der sich ansetzt, diese Macht zu brechen. Erst wenn das gelingt, kann endgültig der Zustand beseitigt werden, daß die wissenschaftlichen und technischen Erzeugnisse nur zur Bereicherung einer verhältnismäßig kleinen Schicht von Besitzenden dienen, die Lage des arbeitenden Volkes dagegen immer fragwürdiger und unsicherer wird. Nur so wird eine Wirtschaftspolitik möglich, die aus der steigenden Ertragsleistung der Arbeit Segen und wachsenden Wohlstand für alle entstehen läßt. M a t t a t.

### Zum Rubelkampf

Die Ausprägung des Reichstags über den Wirtschaftspuff der Eisenbarone ist abgeschlossen. Ein ganz klein wenig hat sich das Gewölk geklärt. Von einer wirklichen Entspannung der Lage kann jedoch noch immer keine Rede sein. Das Duisburger Arbeitsgerichtsurteil hat eine rasche Klärung der Situation verhindert. In Duisburg hat man den Unternehmern recht gegeben. Die Scharfmacherpresse hat darauf ein Triumphgeheul angestimmt. „Die Gewerkschaften sind unterlegen. Nach diesem Urteil ist mit einem Schläge die gesamte Argumentation der Sozialdemokraten und der christlichen Gewerkschaften gegen die Arbeitgeber zusammengebrochen.“ Man müßte die Scharfmacher nicht kennen, wenn sie nicht jetzt, gestützt auf das Duisburger Urteil, ihren Widerstand gegen die Arbeiterkraft verstärken. Auf der andern Seite denken die Gewerkschaften nicht daran, vor den Eisenbaronen zu Kreuze zu kriegen. Wegen Duisburg schon gar nicht; denn von allem Anfang an war es für die Gewerkschaften klar, daß der Kampf der Eisenbarone nicht ein Kampf ums Recht, sondern ein Machtkampf ist. Wiffels Wort in der Reichstagsdebatte, die Aussperrung wäre auch ohne Verbindlichkeitsklärung gekommen, trifft den Nagel auf den Kopf.

Vor Duisburg hat die Scharfmacherpresse selbst auf die Entscheidung in der Rechtsfrage kein sonderlich großes Gewicht gelegt. So schrieb damals die „Deutsche Bergwerkszeitung“ (Nr. 286): „Uns scheint überhaupt, daß im gegenwärtigen Streit auf juristische und formalistische Dinge ein viel zu großes Gewicht gelegt werde. Klagen und Widerlagen schwirren durch die Luft. Arbeitsgerichte werden angerufen und, wenn sie gesprochen haben, auch die höheren Instanzen. Und wenn der Instanzenweg erschöpft ist, was hat man dann? Ein papierenes Urteil, ohne die Macht, es durchzuführen.“ Warum sollen die Arbeiter nach Duisburg sich wegen des „papierenen Urteils“ größere Sorgen machen als die Unternehmer vorher? Warum sich wegen des Ausgangs der Duisburger Arbeitsgerichtsverhandlung von Leuten, die jetzt plötzlich genau wissen, warum gegen die Arbeiter entschieden worden ist, ins Bockshorn jagen lassen? Wir bedenken es den Rechtsanwältinnen nicht, wenn sie jetzt den Arbeitern weismachen versuchen, daß in Duisburg die Sache glatt zugunsten der Gewerkschaften ausgegangen wäre, wenn — Rechtsanwälte ihre Vertreter gewesen wären. Die Frage des Numerus clausus, d. h. der Sperre des Rechtsanwaltsberufs, hat erst vor kurzem wieder die Gemüter arg erhitzt. Man will von einer Sperre nichts wissen und fordert infolgedessen ganz konsequent neue Arbeits- und Betätigungsmöglichkeiten für die Rechtsanwältinnen, vor allem Betätigungsmöglichkeiten vor den Arbeitsgerichten. Wenn daher die Rechtsanwältinnen jetzt an dem Duisburger Urteil ihr Supplien lochen wollen, dann mögen sie es tun! Niemand wird sich darüber wundern. Jormal brauchte der Arbeiterschiedsrichter, der Freund der Unternehmer, keine Belehrung durch Anwälte. Die zur Debatte stehenden Streitfragen waren aber Dinge, die die Gewerkschaftsvertreter bestimmt besser verstehen als Anwälte. Diese hätten erst noch in diesen Streitfragen besonders belehrt werden müssen. Und die Diakonie der Anwälte? Welche Nativität, sich einzubilden, mit Advokatenkünstlichkeiten hätte sich die Gegenseite, hätte sich Herr Kögel beeinflussen lassen!

Herr Kögel war mit seinem Urteil sehr schnell fertig. Für ihn war sicher längst vorher die Rechtslage klar. Nicht so schnell wie das Urteil wird die Begründung der Öffentlichkeit mitgeteilt. Bis jetzt hört man und sieht man noch nichts von ihr. Man sollte annehmen, daß bei einem Streitfall, wo das Urteil im Sandumdrehen gefällt werden kann, die Begründung keine großen Schwierigkeiten macht.

So neugierig man aber auch auf die Begründung sein mag, große Bedeutung für den Gang der Dinge hat sie nicht; denn wenn man im Konflikt erbt die völlige Klärung der Rechtslage abwarten will, dann „Gute Nacht!“ Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, vorauszusetzen, daß das Ruhrgebiet bis Weihnachten ein Unruheherd sein wird, wenn nicht rechtzeitig mit der Aussperrung Schluß gemacht wird. Sehr unglückliche Weisheiten stehen bevor, wenn die Eisenbarone anbleiben, jetzt, nach dem Duisburger Urteil, erst recht die Widerpressigen spielen zu können. Werden die gemäßigten Elemente in Unternehmerlager die Oberhand bekommen? Wird die Stimme der „Arlinischen Zeitung“, die den Unternehmern zitiert, jetzt nach dem Duisburger Urteil erst recht die Hand zum Frieden zu bieten, Beachtung finden?

Duisburg hat den Scharfmachern den Rücken gesteuert. Sie werden jetzt ein für die Arbeiter viel schlechteres Lohnabkommen zu erpressen versuchen. Sie wollen weniger geben und das Weniger für eine viel längere Laufzeit festlegen. Das alles ist Wahnsinn. Regierungspräsident Bergemann hat wohl die Parteien an den Verhandlungstisch gebracht. Das ist aber nicht das Schwierigste. Auch eine Verhandlungsbasis wird sich finden lassen; denn die Aufstellung der Arbeitszeitfrage, die nur mit dem Einverständnis der beiden Parteien möglich ist, dürfte kaum auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Was fehlt, das ist die Atmosphäre der Verständigung.

### Korrespondenzen

**Namen.** (Maschinenseher.) Nach längerer Pause fand am 21. Oktober unter Leitung des zweiten Vorsitzenden Bles eine Besprechung in der Besprechung der Zentralkommission erfolgte die Aufnahme dreier neuer Mitglieder in die Sparte und die Nominierung eines Delegierten für die Verammlung der Gewerkschaften in Bochum. Infolge Dominanz des ersten Vorsitzenden mußte eine Neuwahl stattfinden. Gewählt wurde einstimmig Kollege D e l e g e r. Aus dem Bericht des Kassierers ging hervor, daß die Kassenverhältnisse nicht besonders gut sind, hervorgerufen durch die jährliche Beteiligung der Kollegen am Besuche der „Pressa“-Ausstellung in Köln. Aber in Anbetracht der bedeutenden Bereicherung der Kenntnisse jedes einzelnen Kollegen durch die Besichtigung dieser interessanten und lehrreichen Schau kommt man schon leichter über eine dadurch hervorgerufene Erbbe in der Kasse hinweg. Wie immer, bildete das Technikum einen besonders interessanten Beratungsstoff. Es wird aber noch immer viel zu wenig in den Versammlungen diesem wichtigen Punkt Raum gegeben. Besonders mit Rücksicht auf die jüngeren Kollegen, da in den einzelnen Betrieben nicht immer die nötige Zeit und Gelegenheit für eine gute technische Ausbildung gegeben ist. In den nächsten Versammlungen soll denn auch diesem Thema mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden.

**Wittenburg.** Nach langer Sommerpause fand am 19. Oktober wieder eine Besprechung in der Besprechung der erwarteten Besuch aufzuweisen hatte. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender Reichardt einem am Orte verstorbenen Kollegen sowie dem Kollegen Fuhrmann (Naumburg) einen ehrenden Nachruf. Anschließend wurde die Wiederaufnahme eines Kollegen zurückgestellt und der Ausschluß eines Abgeregelter (wegen hinterlassener Schulden) bestritten. Zu dem gebrauchten vorliegenden Kassenbericht gab der Kassierer einige Erklärungen und machte besonders darauf aufmerksam, daß sich auch im hiesigen Bezirk die Ausgaben für Kranke, Arbeitslose und Reisende ganz bedeutend vermehrt haben. Ein Bericht über den Stand des Volksheimes sowie ein Kartellbericht wurden zur Kenntnis genommen. — Aus Anlaß des 50-jährigen Verhandlungsjubiläums der Kollegen D i e h l e r u n d B a u l D e r p f f h a t t e der Ortsverein eine Familienfrühstück mit vorangehender Ehrung der Jubilare am 15. September veranstaltet, das allgemeine Anerkennung und die Teilnahme bis in die ersten Morgenstunden befehlensmäßig.

**Bremen.** (Handseher.) Die Tagesordnung unserer Besprechung am 17. Oktober im Vereinshaus enthielt außer den geschäftlichen Mitteilungen noch einen Vortrag unseres Gewerkschafters J s c h e r p über den Tarif. Bemerkung wurde allseitig der schlechte Besuch einer so wichtigen Versammlung, in der Gelegenheit gegeben war, den Tarif kennen zu lernen. Es sollen deshalb, da der Tarifvortrag noch mehrere Abende in Anspruch nimmt, zur nächsten Versammlung gedruckte Einladungen zur Verteilung gelangen. In anderthalbstündigen Ausführungen vertrat es Kollege J s c h e r p, die Versammlung in die ersten Paragraphen des Tarifs einzurichten und an Hand mehrerer Entscheidungen des Reichsgerichtsamts die Dehnbarkeit unseres Tarifs zu beweisen. Seine mit regem Interesse verfolgten Darlegungen fanden bei der Versammlung allge-

meinen Beifall. Angenommen wurde u. a. noch die Ausschreibung eines Wettbewerbs für eine Neujahrsgallemittagstafel und ein Antrag, der verlangt, daß alle Mitglieder der Handsehervereinigung Bremen Leser des „Korr.“ sein müssen.

**Breslau.** In stattlicher Zahl versammelten sich am 21. Oktober die Kollegen und Jungbuchdrucker des Bezirks Breslau-Land im „Gewerkschaftshaus“ zur Besprechung. Die Besprechung wurde durch den Vorsitzenden des Bezirks J e b e l e r geleitet. Nach herzlichen Begrüßungsworten des Vorsitzenden J e b e l e r hielt der Vertreter der Farbenfabriken Berger & Wirth in Leipzig, Herr Dr. W i l h e l m F r e y h a n (Breslau), einen interessanten Vortrag: „Wissenswertes über die Herstellung der Druckfarben, deren Eigenschaften und Verwendung.“ Einleitend wies der Redner auf die große Bedeutung der Farben im täglichen Leben und ihr Vorkommen in Mineralstoffen sowie im Pflanzen- und Tierreich hin. Dann behandelte er die zur Herstellung erforderlichen Rohstoffe, unter denen die Kohle einen wichtigen Platz einnimmt. Sehr eingehend schilderte er den Fabrikationsprozess, der durch zahlreiche Experimente jedem leicht verständlich gemacht wurde. Mit Stolz wurde die Mitteilung aufgenommen, daß die Fabrik in Leipzig täglich eine Million Liter Wasser zum Auswaschen der Farben verbraucht. Auch die Eigenschaften der Druck- und Lackfarben und ihre Verwendung in Buch- und Steinindustrie wurden eingehend behandelt. Zur Verteilung gelangende Mehrfarbendrucke bewiesen die hervorragenden Leistungen der Firma Berger & Wirth. Wohlverdienter Beifall lohnte dem Redner für seine lehrreichen Ausführungen. Anschließend gab Kollege J o h a n n e s t e n den Kassenbericht und machte verschiedene verwaltungstechnische Mitteilungen, wobei er auch auf das Unterhaltungswochen näher einging. Der Antrag des Ortsvereins Dis, Beitragsquittungsmarken einzuführen, wurde zurückgezogen. Unter „Beschiedenem“ teilte Kollege J e b e l e r mit, daß Buchdruckereibesitzer Gregor in Dis vom Reichsarbeitsgericht verurteilt wurde, zwei Lehrlinge das zu wenig gekaufte tarifliche Kostgeld vom ersten Lehrjahre an nachzugeben, wozu noch die hohen Gerichts- und Rechtsanwaltskosten kommen. Um gegen solche Tarifverdrähte vorzugehen, sei es nötig, die Eltern bzw. Vormünder der Lehrlinge aufzuklären und Prozeßkosten zu verlangen. Ferner ging er auf die Frage der Ortsausschüsse des DGB, ein und betonte, daß es statutarische Pflicht ist, sich denselben anzuschließen und mitanzugehen. Auf die große Arbeitslosigkeit im Gau eingehend, ermahnte Kollege J e b e l e r die Anwesenden, Überstunden möglichst zu vermeiden, um Einstellungen zu ermöglichen. Kollege S t r a m e (Dis) wünschte, daß die Lehrlinge von Dis Gelegenheit erhalten, die Handwerkerlehre in Breslau zu besuchen. Kollege M o n d (Strehlen) teilte mit, daß Strehlen in eine höhere Ortsklasse gekommen sei, was sich bei Festlegung des Lokalpreises auswirken müsse. Kollege G r o t t (Dis) wies auf die preisgünstige Steigerung der Preise für alle Lebensbedürfnisse hin, wofür wieder ein Ausgleich notwendig sei. Als wirksames Mittel, den ewigen Preisereibereien entgegenzuwirken, und den praktischen Sozialismus zu fördern, wurde der Eintritt in den Konjunktur-„Vorwärts“ empfohlen. Mit der Bitte, den Bezirksvorstand auch bei der Agitation usw. zu unterstützen, und Dankesworten: schloß Kollege J e b e l e r die antrengend verlaufene Versammlung.

**K. Duisburg.** Am 20. Oktober abgehaltene Besprechung am 17. Oktober nur einen mittelmäßigen Besuch aufzuweisen. Anlaßlich des 50. Jahrestages des Inkrafttretens des Sozialistengesetzes warf Vorsitzender J e b e l e r ein wenig einen kurzen Rückblick auf dieses ungewöhnliche Ausnahmefälle gegen die berufliche Arbeiterschaft. In ehrenden Worten gedachte er sodann des am Nachmittag zu Grabe getragenen Kollegen Hermann Schmidt, dessen Andenken von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt wurde. Die vom Vorstand bekanntgegebenen geschäftlichen Mitteilungen wurden ohne größere Aussprache zur Kenntnis genommen und erledigt. Dem Kassierer W e i n m a n n wurde nach Erstattung des Kassenberichts, der einen guten Bestand aufwies, einstimmig Entlastung erteilt. Der dritte Punkt brachte einen ausführlichen Bericht des Kollegen W i l m s vom Vorstand der hiesigen Ortskrankenkasse I über: „Thema Ortskrankenkasse“, ein Bericht, der Stellung nahm zu den in letzter Zeit wiederholten Angriffen einer gewissen hie-

sigen bürgerlichen Presse und einiger Ärzte gegen die Beschüsse der hiesigen Ortskrankenkasse I. Aber dieses Thema, das eine reichhaltige Debatte auslöste, auch nur auszugeweiht zu berichten, dürfte Raummangel nicht gestatten; festzustellen sei hier lediglich, daß der Referent die ungerechtfertigten Angriffe überzeugend zurückweisen und die Verantwortlichkeiten eines Besseren belehren konnte. Laut Versammlungsbeschluss beteiligten sich der Ortsverein an dem vom Ortsausschuß in Aussicht genommenen Gründung einer G. m. b. H. zwecks Baues eines neuen Gewerkschaftshauses mit einem vorläufigen Anteil von 500 M., jedoch unter der Voraussetzung, daß das vom Ortsausschuß Duisburg gegen einen Kollegen ausgeprobenes Verbot des Betretens des Gewerkschaftshauses öffentlich in einer der nächsten Kartellversammlungen aufgehoben wird. Als Treuhänder wurde Kollege J e b e l e r bestellt. Der restliche Teil der Tagesordnung brachte nichts Wesentliches. Aufgenommen wurde ein Kollege.

**Eberfeld.** In unserer Besprechung am 20. Oktober gedachte Vorsitzender W e b e r zu Beginn der Versammlung in ehrenden Worten des verstorbenen Kollegen Joh. Zöllner, der 22 Jahre unserer Organisation angehörte. Unter „Bereinsmitteilungen“ wurde zunächst das Resultat des Preisauswählens der Konjunkturgesellschaft, „Vorwärts — Befreiung“ bekannt gegeben. Den ersten Preis (50 M.) erhielt Kollege Ernst Garbe, den zweiten Preis (40 M.) Oswald Bramkamp, den dritten Preis (30 M.) Hans Beisel, den vierten Preis (20 M.) Karl Heide, den fünften Preis (10 M.) Ernst Garde. Ferner wurde ein Schreiben des DGB, das Kenntnis von den Beschüssen der Vertreterkonferenz des Ortsausschusses gab, und ein Schreiben des Gauvorstandes vorgelesen, das Bezug auf die Maternzentrale der sozialistischen „Konzentration“ nimmt. Den Kartellbericht gab Kollege B a u l J u s s, der u. a. ausführte, daß betreffs Ausführung des Ertragsbeitrages pro Mitglied zum Monats die Buchdrucker Eberfelds von sämtlichen Gewerkschaften an zweiter Stelle stehen. Wegen Referens wurde ein Stereotypverleger dem Gauvorstand zum Ausschluß empfohlen. Der Hauptpunkt der Versammlung war die Ehrung der Jubilare. 10 Kollegen konnten auf eine 25jährige Mitgliedschaft in der Organisation zurückblicken, und zwar: Wilhelm Böhsfeldt, Emil Buchhausen, Wilhelm Dorn, Kurt Franke, Anton Fuchs, Otto Janich, Wilhelm Klüsch, Joseph Kefen, Heinrich Rodentzky, Fritsch Schmidt. Vorsitzender W e b e r begrüßte die Jubilare mit ehrenden Worten und überreichte ihnen das Dankschreiben (30 M.). Im Namen der Jubilare dankte Kollege J b a n e h für Ehrung und Geschenk. Der Gesangsverein „Gutenberg“ erfreute die Anwesenden mit einigen Liedern und hielt die Kollegen noch einige Stunden in fröhlicher Stimmung zusammen.

**Elbing.** Eine Agitationsversammlung, die gut besucht war, vermittelte uns einen zeitgemäßen Vortrag unseres Gauvorsitzers K e s n e r. In klaren Ausführungen wußte er den Kollegen besonders die letzten Lohnkämpfe vor Augen zu führen, um daraus für die Zukunft zu lernen. In der Diskussion fiel manch harte Kritik, aber auch in dieser Klang am Schluß der Dank für die geleistete Arbeit und das feste Vertrauen für die Zukunft aus. Mit Erledigung interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende: Der Gesangsverein „Gutenberg“ (Elbing) gab der Versammlung durch zwei kraftvolle Lieder eine feierliche Note. — Der Nachmittag vereinte die Kollegen auf dem Thumberg, der eine herrliche Aussicht bietet, zu einem zwanglosen Beisammensein. — Im Ortsverein Elbing hielt der Vorsitzende der Fabrikarbeitervereine, Kollege W a n d t, einen interessanten Vortrag über einschlägige Krankenfällen. Mit finanzieller Unterstützung sämtlicher Sparten wird der Ortsverein eine größere Weihnachtsparte veranstalten. Die Gründung einer Handseherpartei scheint Wirklichkeit zu werden. Lebhaftige Kritik wurde an dem Verhalten des Berliner Gauvorstandes geübt, der immer wieder versucht, Berlin für auswärtige Kollegen vollständig absperrten, so daß ein Kollege gezwungen war, den Vorstandsvorsitz zum Eingreifen zu veranlassen, um so seinem Recht zu kommen. Ein Vortrag des Vorsitzenden T h i e l über „Die Invalidenversicherung im Verbands“ wurde beifällig aufgenommen und löste eine lebhaftige Diskussion aus. Um unsern Invaliden zu der leider nur niedrigen staatlichen Unterstützung einer höheren Zu-

### Franz Schubert's 100. Geburtstag

am 19. November 1928

Einige wenige Zeilen mögen auch die Leser des „Korr.“ daran erinnern, daß vor hundert Jahren ein noch junger Mann die Augen schloß, der als Künstler, als Komponist, der Menschheit Werke hinterließ, die ihresgleichen seitdem nicht wieder gefunden haben. Aber sechshundert Liebeskompositionen schenkte der geniale Künstler dem deutschen Volke; so mancher Volksgenosse singt noch heute manches seiner Volkslieder, ohne zu wissen, daß die Melodie von jenem jungen Künstler herrührt, der im engeren Freundeskreise den Spitznamen „Schwammerl“ erhielt, durch den schon angedeutet ist, daß es in jenem Kreise immer recht lustig hergegangen ist.

Im ewig lichterhaften Wien war der Boden, auf dem dieser gesellige Mensch und geniale Künstler schloß und recht sein Leben fristete, fast stets von Not und Sorge umgeben. Am 31. Januar 1797 wurde Franz Peter Schubert in der Wiener Vorstadt Lichtental geboren. Sein Vater war in jenem Bezirk Volksschullehrer mit schmalen Einkommen und reichgelegener Familie.ierzehn Kinder waren im Laufe der Zeit zur Welt gekommen, einige waren wieder frühzeitig gestorben, und Franz war das vierzehnte. Im Hause der Eltern aber herrschte nicht nur Kindergeschrei. Mit Vorliebe wurde dort Musik gepflegt; der Vater gab selbst den Unterricht. Mit den älteren Brüdern Ignaz und Ferdinand zusammen erhielt auch der kleine Franz Unterweisung in der Musik sowohl als auch in den Elementarfächern, die dem Vater als Vorbereitung für den Schulbesuch nötig erschien. Durch besondere mus-

ikalische Begabung zeichnete sich Franz bereits in seinem fünften Lebensjahre aus. Er konnte leichte Stücke auf der Violine flott spielen. Das veranlaßte den Vater, den kleinen Franz zu Michael Holzner, dem damaligen Chorleiter in Lichtental, zu geben, der bald dem Vater erklärte, daß er noch nie einen derartig begabten Schüler gehabt habe. „Wenn ich ihm was Neues beibringen wollte, hat er es schon gewußt. Folglich habe ich ihm eigentlich keinen Unterricht gegeben, sondern mich mit ihm bloß unterhalten und ihn angefaunt.“

Als Franz elf Jahre alt war, kam er als Sängerknabe an die Wiener Hofoper, die damals von den Kapellmeistern Salleri und Eybler geleitet wurde. Franz erhielt nun seine weitere Erziehung im Stadtkonvikt. Als Geiger und Bratschist zeichnete er sich bald unter seinen Mitschülern aus. 1811 entfielen seine ersten Kompositionen, die Salleri veranlassen, dem Knaben auch musikhöretischen Unterricht zu geben. 1813 trat der Stimmwechsel ein, so daß er als Sängerknabe nicht mehr mitwirken konnte. Er verließ den Konvikt und trat als Schulsekretär bei seinem Vater ein. Drei fruchtbarere Jahre folgten. Viele Kompositionen schuf er neben seiner Lehramtsstätigkeit. Seine F-Dur-Messe, die er zur Hundertjahrfeier der Lichtentaler Pfarrkirche komponiert hatte, erweckte bereits die Aufmerksamkeit größerer Kreise. 1815 entfielen allein über hundert Lieder, darunter der „Erlkönig“, das „Mädchen aus der Fremde“, der „Wanderer“, das „Feldbesen“, „Sohnluft“, der „König von Thule“. Orchesterkompositionen liefen nebenher, Kantaten, Messen, Dramaten, Liebespiele, ja sogar kleinere Operetten. Trotdem hatte er nicht einmal die Mittel, um das teure Notenpapier zu kaufen, das er zu

seinem unermüdblichen Schaffen so dringend brauchte. Sein treuer Freund Spaun, mit dem er im Konvikt zusammengekommen war, brachte ihm deshalb oft das Nötigste.

Zu Jahre 1818 trat eine Besserung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse ein, als er eine Anstellung als Musiklehrer beim Grafen Esterhazy auf Schloß Jelsa in Ungarn fand, wo er die beiden Töchter zu unterrichten hatte. Aber er war zu sehr Kindernatur, als daß es ihn lange dort gebudet hätte; hinzu kam noch eine ausschließliche Neigung zur jüngeren seiner beiden Schwestern im Esterhazy'schen Hause. Diese Neigung gab dem Schaffensfreudigen wiederum neue Anregungen. Obwohl er nach seinem Abgang aus seiner Musiklehrerstelle noch weiter in dem gräflichen Hause verkehrte und dadurch Beziehungen zur Aristokratie erhielt, lebte er künftig doch wieder in Dürftigkeit, weil er keine gut dotierte Stelle bekommen konnte und von seinen Verlegern die niedrigsten Honorare erhielt. In den Memoiren seines Freundes Joseph von Spaun finden wir über Schubert's Armut folgende Zeilen:

„Seine Lage war eine wahrhaft drückende. Noch immer war kein Verleger zu finden, der für seine Lieder etwas bieten wollte, noch immer blieb er pekuniären Sorgen ausgelegt und konnte die Miete für ein Klawier nicht erschwingen. Die Schwierigkeit seiner Lage lächelte jedoch seinen Fleiß und seine Lust durchaus nicht. Er mußte singen und dichten, das war sein Leben. Er blieb auch immer heiter, und fröhlich nahm er es an, daß er durch viele Jahre bei dem gemeinschaftlichen heiteren Abendmahl der Gast eines alten Freundes war. Wenn es ja spät wurde, ging er nicht mehr nach Hause, sondern bequemete sich zu einer sehr bescheidenen Schlafstelle in meinem Zimmer, wo

schuß zu geben, erklärten sich die Diskussionsredner mit einer entsprechenden Beitragserhöhung einverstanden. — Im Anschluß an die Versammlung wurde die nach neuesten Motiven gebaute Paulusschule besichtigt, was viel Anregendes bot. Ferner erfolgte eine Besichtigung der Brauerei Englich Brunn, die den Kollegen Einblicke in die Herstellung des köstlichen Bieres tun ließ, dem dann auch reichlich zugespöhen wurde.

**Frankfurt a. M. (Notationsdrucker.)** Zu einer am 7. Oktober erfolgten Besichtigung der Walzengußanstalt H. Böllger und der Maschinenfabrik Ehrenhardt hielten sich unsere Mitglieder recht zahlreich einfinden. Für das Gebotene den beiden Firmen noch besten Dank. In der anschließenden Versammlung hielt Kollege Franz W. (Hannau) einen Vortrag: „Was lehrt uns die ‚Pressa‘“ In Hand von mitgebrachtem Material erklärte er hauptsächlich die Neuerungen, die für Rotations- und Tiefdruck kamen. Recht ausgiebig wurde der Punkt „Technisches“ noch behandelt. Beim „Bunten Abend“ des Gesangsvereins „Gutenberg“ erlebten wir dann mit den auswärtigen Kollegen noch einige recht vergnügliche Stunden.

**München.** In unserer Versammlung am 19. Oktober hielt Herr Otto Graf einen sehr interessanten Vortrag über das Thema: „Nordafrikanische Probleme (Wirtschaft, Politik und Kolonialismus)“. Der Vortragende ließ die Anwesenenden im Geiste seine Reise nach Nordafrika und seinen achtwöchigen Aufenthalt in den dortigen spanischen, französischen und italienischen Kolonialgebieten miterleben, indem er in anschaulicher Darstellung alle beachtenswerten Eindrücke, die den Europäer dabei erfassen, schilderte. Er zog interessante Vergleiche zwischen früheren europäischen mittelalterlichen Kulturformen und den jetzt zum Teil in diesen Gebieten herrschenden Gebräuchen und Vorstellungen und gab ein Bild von der durch die beteiligten Staaten beschriebenen Methode, diesen sogenannten unterworfenen Stämmen mit allen Mitteln der Gewalt und Unterdrückung europäische Zivilisation beizubringen. Auf der andern Seite zeigte er aber auch, wie gerade von diesen Staaten manches verjüngt worden ist und noch wird, um die Wirtschaftlichkeit dieser Gebiete zu heben, und daß sie deren Erbschätze kapitalistischen Gesellschaften zur Ausbeute überlassen, weil sie im imperialistischen Größenwahn nur immer darauf bedacht sind, daß der koloniale Nachbarstaat keine wirtschaftlichen Vorteile erringen kann. Selbstverständlich schilderte der Redner auch die immerwährenden staatlichen Verwicklungen, die sich aus diesen Zuständen von Zeit zu Zeit ergeben, die dann wieder auf internationalen Konferenzen usw. geschlichtet werden müssen. Die Zuhörer lobten die einschlagenden Ausführungen mit reichem Beifall. Zu Beginn der Versammlung wurde das Andenken zweier verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt.

**Nürnberg. (Handseher.)** In unserer Versammlung am 29. September hielt Kollege Wiedemann (München) einen Vortrag über: „Der deutsche Wortschatz im Spiegel der deutschen Kultur“. Der Vortragende wartete mit einer Reihe wertvoller Aufschlüsse, die von den mannigfaltigsten Einflüssen, die zur Bildung unserer Sprache führten, Zeugnis ablegten, auf. Volkswirtschaftliche, politische, religiöse, zum Teil auch soziale Ursachen waren dabei mitbestimmend. In ihrer Ursprungszeit haben die aus der Natur ausgegangenen Laute entscheidend auf die Wortbildung eingewirkt. Die zunehmende Christianisierung im frühen Mittelalter brachte aus Rom, Griechenland und andern Bezirken des Sidens und Ostens eine große Bereicherung unseres Wortschatzes. Nicht mindere Bedeutung sind die keltisch-französischen Einflüsse. Von Interesse war es, daß in der Sprache des finnischen Volkes sich noch eine große Anzahl von Wörtern befindet, die uralgermanischen Ursprungs sind, während dieser in unseren eigenen Wörtern kaum nennenswerte Spuren hinterlassen hat. In der Seemannssprache finden sich eine Menge von Ausdrücken, die dem holländischen entstammen, was weiter nicht verwunderlich ist, wenn man bedenkt, wach internationale Bedeutung die Niederlande im Mittelalter für die Schiff-

fahrt hatten. Reichte doch der Einfluß der deutschen Hanse lange Zeit bis in diese Gebiete, ja bis nach England hinein. Nachdem Redner noch die untreue Dienste geschildert hatte, die Martin Luther sich dadurch erwarb, daß er mit der Übersetzung der Bibel die deutsche Sprache zum Gemeingut des ganzen Volkes machte, kam er zum Schluß und stellte in Aussicht, bei späterer Gelegenheit über die Bedeutung des Humanismus und der Neuzeit auf unsere Sprachbildung zu sprechen. Reicher Beifall lohnte dem Referenten. Vorstehender Sauer sprach ihm im Namen aller Anwesenden Dank aus.

**Stuttgart.** Unsere Versammlung am 17. Oktober hatte besseren Besuch aufzuweisen als ihre Vorgängerin. Seit jener mußten wir schon wieder vier Kollegen zu Grabe tragen bzw. den Flammen übergeben. Tragisch ist dabei der Tod des Kollegen Rudolf Beyer, der nach der Teilnahme zum letzten Gang seines früheren Mitarbeiters Kollegen Berk in der Nähe des Frickhofs von einem Kraftwagen überfahren und so schwer verletzt wurde, daß er wenige Stunden darauf verstarb. Auch einer unserer ganz Ältesten, der 65jährige Jakob Köhler, Korrektor und Jubalide seit 1926, verließ uns. Er dürfte, wenn nicht der Älteste, so doch einer der ältesten aktiven Sängerkollegen unseres Verbandes gewesen sein, wie er auch über 60 Jahre Verbandsmitgliedschaft hinter sich hatte. Die Ergrüfung der Toten erfolgte in üblicher Weise. Kollege Klein ergründete ein lidenloses genaue Ausfüllung der statistischen Fragebogen des Verbandsvorstandes. Ein Fall, wonach ein Kollege seinen Urlaub mit Bezahlung abgelten ließ, fand Erwähnung und Beurteilung. In unserm Gau sind nun die Frausauschüsse, wie sie die Lehrlingsordnung vorschreibt, den vier Handwerksämtern benannt sowohl auf unserer, wie auf Prinzipalseite. Letztere machte von dem Recht, Faktoren zu nennen, keinen Gebrauch. Schon im kommenden Frühjahr wird die erste Zwischenprüfung stattfinden. Ein einheitlicher Lehrvertrag sollte Einführung finden, um von vornherein Inanspruchnahmen auszumergen. In der Aussprache wünschte ein Redner Bekanntgabe der bei den sozialen Wahlen Gewählten aus unsern Kreisen. Kollege Klein sagte dies zu durch Bekanntgabe in den Mitteilungen. Auch ein Rundschreiben und die Gebühren der Krankenkasse fanden durch den Redner Kritik. Kollege Klein wünschte sich schlagendes Material, um in einer Vertrauensmännerversammlung eine Aussprache herbeizuführen zu können. Zum zweiten Tagesordnungspunkte erhielt der Lehrer an der Stuttgarter Volkshochschule, Herr Dipl. Volkswirt K. O. R. in d. o. f. e. r., das Wort zu seinem Vortrag: „Der arbeitende Mensch im Wandel der Wirtschaftsformen“. In einstündigen Ausführungen wählte Redner bewußt eine ungeübte Terminologie, indem er zunächst jene Gestalt des Menschen umriß, die dann durch den Wandel der Wirtschaftsform begleitet wurde. Eine kurze Wiedergabe des Vortrages möge hier folgen: Der Mensch sei untergeordnet unter drei Notbereiche, die der Vortragende nannte, die drei „Diktaturen“. Grundlegend für alles Menschenleben sei die unerbittliche Diktatur der Bilanz. Der fernen Erde müssen in wirtschaftlicher Arbeit die Güter abgerungen werden. In sich selbst sei eine große natürliche Solidarität der Menschheit im Ruhe nach Brot. Zweitens sei der Mensch „Schichtarbeit“ hinhingeboren ist mannigfaltige gesellschaftliche Abhängigkeiten, die in ihrer schärfsten Form die menschliche Gesellschaft spalten in nichtarbeitende Herrschende und in geknechtete Arbeiter. Diese Diktatur der Gewalt zerreiße die natürliche Solidarität, unter ihr klinge der Ruf nach Freiheit. Endlich stehe der Mensch unter der Diktatur des Todes, der Tatsache seiner Vergänglichkeit, die ihn die Tage stellen lasse nach dem Sinn des Lebens, eine Frage, die er beantwortet in all dem, was wir „geistige und künstlerische Kultur“ nennen können. Unter der Diktatur der Bilanz entwickelt der Mensch die Produktionskräfte in einer seit Urzeiten langamer oder schneller strömenden „Rationalisierung“. Unter der Diktatur der Gewalt geraten Produktionsverhältnisse und Produktionskräfte in Widerspruch, da die Herrschenden nicht fragen nach dem höchsten Nutzen für alle (Produktivität), sondern nach ihrem höchsten Gewinn (Rentabilität). Unter der Diktatur der Gewalt gärt aber auch das Freiheitsstreben der unterdrückten arbeitenden Menschen in wachsender Empörung. Denn immer mehr werden sie zu reinen Objekten der Politik, zu Objekten der Wirtschaft, und schließlich finden sie auch keine Antwort mehr auf die Frage nach dem Sinn des Lebens, der für sie mehr und mehr darin zu besetzen scheint, Reichtum zu schaffen für andre. In der Kürze, die die einstündige Redezeit vorschrieb, wurde der Wandel der Wirtschaftsformen aufgezeigt. Von der Bedarfsdeckungswirtschaft über Markt und Geld zur Erwerbswirtschaft; vom Frühkapitalismus, der im Zusammentreffen der Maschine und der Fiktion des „freien Arbeitsvertrages“ Verhältnisse schuf, die im Schlagsicht befeuchtet wurden, zur Bedarfsdeckungswirtschaft mit der Notwendigkeit von Krisen, Imperialismus und Krieg, wurde die Linie gezogen bis auf den durchorganisierten Monopolkapitalismus mit seiner atomisierten Arbeitsleistung. Von diesem Hintergrunde hob sich immer ab das Bild des arbeitenden Menschen mit seinen drei Fragen nach Brot, nach Freiheit und nach sinnvollem Leben. Aufgezeigt wurde, wie er mit dem verhältnismäßigen Verschwinden des Handwerts den letzten Lebenssinns des Werkschaffens verlor und zur „Arbeitskraft“ entpersönlicht, aus allen Bindungen von Familie, Heimat und Kultur gerissen, isolierter „Proletarier“ geworden war. Bis das „Kommunistische Manifest“ (in Deutschland) Laßalle, Bebel und andre den Anstoß gaben zur Sammlung der Arbeiterklasse in Partei und Gewerkschaften, bis der arbeitende Mensch seinen neuen Lebenssinns fand im solidarischen Kampf für eine neue, bessere Zeit. Abschließend ging der Vortragende auf Zeitprobleme über. Nach einer Kritik des Gebankens der „Werkgemeinschaft“ ging er ein auf die Parolen der Gegenwart. In der Wirtschaftsdemokratie sah er das Bestreben, die natürliche Solidarität der Menschheit wiederherzustellen angeht die Diktatur der Bilanz, während die politische Demokratie die Diktatur der Gewalt liquidieren soll. In den Fortschritten zur Brechung des Bildungsmonopolls, nach Kulturdemokratie, erblickte er die Schwundt nach Wiedergewinnung eines Lebenssinnes vor der Diktatur des Todes. Die Durchsetzung der Wirtschaftsdemokratie wie der politischen Demokratie sei vor allem eine

Bildungsfrage, da mehr und mehr von jedem Arbeiter die sachliche Qualifikation zum Funktionär verlangt werde. Eine neue Zeit könne aber nicht nur kommen aus neuen Verhältnissen, vielmehr müsse jeder an sich arbeiten, daß eine neue Gestaltung und ein „neuer Mensch“ werde, da dieser allein eine neue, bessere Erde gestalten könne. Vorläufig sei noch viel hingebende, opfervolle Arbeit nötig, die jeder leisten müsse aus einer Gestalt, die der Vortragende abschließend mit einem Worte Reiches anrief: „O meine Brüder, nicht zurück sollt ihr schauen, sondern hinaus! ... Eurer Kinder Land sollt ihr lieben!“ Lautes folgte die Versammlung dem Vortrag. Reicher Beifall zeigte deren Einvernehmen. Einer kurzen Aussprache folgte Dank durch den Vorstehenden an den Redner.

**Waldburg. (Handseher.)** Unsere Vereinigung für den Bezirk Waldburg hielt am 14. Oktober ihre erste Bezirksversammlung in Schweidnitz ab. Vorstehender Springer eröffnete die gutbesuchte Versammlung und ließ alle Erschienenen mit ihren Damen herzlich willkommen. Ganz besonders begrüßte er den Vorstehenden der Breslauer Handsehervereinigung, Kollege Feige. Nach Bekanntgabe des Gründungsprotokolls, das gutgeheißen wurde, erkrankte Kollege R. Göh den Rassenbericht. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zum dritten Tagesordnungspunkte referierte Kollege Feige über das Thema „Gewerkschaft und Lohnprobleme“, die Kollegen über manches Wissenswerte aufklärten. In diesem Zusammenhang verbreitete sich der Referent auf in längeren Ausführungen über das Schlichtungswesen. Zum Schluß kam er auch auf die Bedeutung der Handsehervereinigungen zu sprechen. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seine interessanten Ausführungen. Die Statuten, die zur Beratung jedem Kollegen in einem Büstenabzug gedruckt vorlagen, wurden einstimmig angenommen. Eine Sammlung für einen durchreisenden Kollegen ergab den Betrag von 7,30 M. — Nach der Mittagspause trafen sich die Kollegen zu einem gemeinsamen Spaziergang nach dem nahe gelegenen Schönbrunn und pilgerien trotz des Regens in die „Gute Quelle“ nach Schönbrunn. Bei einigen Glas Bier und einem Tänzchen verlebte man einen urgemühten Sonntagnachmittag.

**Weiden.** Die Bezirksvereine Amberg und Marktreuth trafen sich am 14. Oktober anlässlich der Anwesenheit des zweiten Gauvorstehers Kollegen Gert hier zu einer gemeinsamen Versammlung. Diese war von den Kollegen von Amberg, Sulzbach, Weiden, Marktreuth, Arzberg, Erdendorf usw. zahlreich besucht. Auch zwei Lehrlinge von Weiden und Trübenreuth waren erschienen. Nach Begrüßung der Kollegen durch Kollegen W. i. n. a. m. e. r. (Weiden) wurde Kollege Bruckner (Amberg) einstimmig zum Versammlungsleiter gewählt. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit den Berichten aus den einzelnen Bezirken und einem Tänzchen. Besondere Aufmerksamkeit erfuhr die Lehrlingsverhältnisse und die Erfahrungen mit den Handwerksämtern im allgemeinen. Gerügt wurden besonders scharf die Überschreitungen der Lehrlingsliste in den kleineren Betrieben, scheinbar unter den Fittichen der sogenannten Übergangsbestimmungen, deren Existenz jedenfalls zweifelhaft erscheint. Die gegenwärtig herrschenden Verhältnisse verlangten gebieterisch nach tariflichen Zuständen und strengster Einhaltung der Lehrlingsliste. Nach einer Mittagspause hielt Kollege B. e. r. t. einen interessanten Vortrag über die Wirtschaftsverhältnisse, der eine dankbare Zuhörerenschaft und großen Beifall fand. Abschließend gab genannter Kollege noch sehr wertvolle Aufschlüsse über Lehrlingsfragen. Die Kollegen blieben bis zum Abgang der Züge in bester Stimmung beisammen.

### Allgemeine Rundschau

**Meisterprüfungen.** Vor der Handwerkskammer Berlin legten die Seherkollegen Kurt Gesecke, Joseph Sterba, Georg Wiedemann sowie die Druckerkollegen Eduard Weichner, Karl Neumann und Fritz Hagen die Meisterprüfung ab. Fünf Prüflinge bestanden die Prüfung nicht.

**Ein schöner Beweis von Anhänglichkeit an die Organisation.** Wie manchem unser Leser wohl noch erinnerlich sein dürfte, verabschiedeten wir die Mitte des Jahres 1925 unter der Überschrift „Zum Buchdrucker zum Arzt“ den interessanten Berdegang des ehemaligen Druckerkollegen Alexander Tomczak bis zum Bestehen der ärztlichen Vorprüfung an der Kieler Universität. Der 1898 in Bromberg Geborene hatte die katholische Volksschule in Plessburg besucht und nach seiner Entlassung Buchdrucker gelernt. Im November 1916 wurde er zum Seeresisten eingezogen und blieb bis Ende September an der Westfront. Dort getret er in französische Gefangenschaft aus der er sich ein Jahr später durch die Flucht befreite. Am 26. September 1922 bestand Kollege Tomczak (der drei Viertel seines als Buchdrucker verdienten Wochenlohnes für Privatstunden opferte) als Extraner an der Oberrealschule I in Plessburg die Reifeprüfung. Darauf studierte er zunächst ein Semester in München Philosophie und wandte sich dann dem medizinischen Studium an, das in acht Semestern in Wien und Kiel erledigt wurde. Aus Nebenerwerb wurde des Leibes Nahrung und Notdurft bestritten. Nach einem viersemestrigen vorläufigen Studium bestand Tomczak am 6. Mai 1925 in Kiel die ärztliche Vorprüfung und am 15. Dezember 1927 nach fünf klinischen Semestern die ärztliche Prüfung. Trotz seiner Entscheidungen ist somit das gesteckte Ziel von unserm ehemaligen Verbandskollegen mit eifernem Fleiß erreicht worden. Als besonderen Beweis der Dankbarkeit und Anhänglichkeit an unsere Organisation hat nun Dr. Tomczak seine kirchlich erdientene Inauguraldissertation, durch die er die Doktorwürde der medizinischen Fakultät der Universität Kiel erlangte, „dem Verband der Deutschen Buchdrucker gewidmet“. Er ist jetzt als Assistenzarzt am Franziskus-Krankenhaus in Plessburg tätig.

**Bernachlässigung des Leipziger Buchdruckerwesens.** In einer öffentlichen Gesamtsitzung der Leipziger Handelskammer kam letztlich die mangelnde Verlässlichkeit Leipzigs bei der Vergebung von Druckaufträgen durch Behörden zur Sprache. Bei der Zuteilung von Druckaufträgen durch Reichs- und Staatsbehörden gelangen nicht einmal Au-

er auch oft im Schlafe die gewohnten Augengläser auf den Augen befiel. Am Morgen setzte er sich in Hemd und Unterhosen hin und komponierte die schönsten Lieder... Er hätte sollen Klavierunterricht geben, um sich Erwerb zu verschaffen; aber das war ihm eine bittere Aufgabe.

Als Schubert das 26. Lebensjahr vollendet hatte, wurde seine Gesundheit bemerken erschütterter, daß er sich bis zu seinem frühen Tode, der ihn mit 31 Jahren erlitt, nicht wieder recht erholen konnte. Zwar lüßte er sich zeitweise wieder völlig gesund, aber der Krankheitskeim fraß weiter. Unermüdet jedoch blieb seine Schöpferkraft. Mit seinen „Müllersliedern“ und der „Winterreise“, zwei Liebesammlungen einziger Art, beschäftigt er sein Schaffen. Spann bezieht über die „Winterreise“: „Schubert war durch einige Zeit dichter gestimmt und schien angegriffen. Auf meine Frage, was in ihm vorgehe, erwiderte er nur: „Nun, ich werde bald hören und begreifen.“ Eines Tages sagte er zu mir: „Komm heute zu Schöber, ich werde euch einen Kranz schauerlicher Lieder vorbringen. Ich bin begierig, zu hören, was ihr dazu sagt. Sie haben mich noch angegriffen, als dieses je bei andern Liedern der Fall war.“ Er sang uns nun mit bewegter Stimme die ganze Winterreise durch. Wir waren durch die düstere Stimmung der Lieder ganz verblüfft, und Schöber sagte, es habe ihm nur das Lied „Der Lindenbaum“ gefallen. Schubert sprach hierauf nur: „Mir gefallen diese Lieder mehr als alle, und sie werden euch auch noch gefallen.“ Am 12. November schrieb Schubert an seinen Freund Schöber: „Ich bin krank. Ich habe schon elf Tage nichts gegessen und nichts getrunken; wenn ich auch was genieße, so muß ich es gleich wieder von mir geben.“ Am 19. November war er tot. Das große Herz hatte ausgeschlagen, aber der Reichtum dieses Herzens wird in den Volksliedern ewig leben!



